

## **Antrag zum Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten am 27. November 2012**

### **Staatliche Förderung nur bei europäischen Produkten**

Um der staatlich subventionierten Solar- und Photovoltaikoffensive aus Fernost in Europa auf internationaler Ebene zu begegnen, empfehlen beispielsweise deutsche Regierungs- und Oppositionspolitiker den Gang vor die Welthandelsorganisation in Genf. Die US-Administration hingegen setzt nach einem Anti-Dumping-Verfahren auf Strafzölle, um diesem unfairen Wettbewerb entgegenzutreten. Inzwischen liegt auch bei der EU-Wettbewerbsbehörde eine entsprechende Anzeige von europäischen Branchenvertretern vor, die sich die Einführung von Strafzöllen erwarten. Eine diesbezügliche Entscheidung wird wohl noch Jahre dauern.

Hierbei geht es nicht um Protektionismus, sondern um dessen Bekämpfung. Umwelt- und Sozialstandards werden von vornherein nicht berücksichtigt. Zinsgünstige Darlehen von staatlichen Banken an chinesische Unternehmen – die eigentlich in Europa als nicht kreditwürdig gelten würden – zeichnen ein weiteres Sittenbild. Fairer Wettbewerb auf gleicher Augenhöhe – mit marktwirtschaftlichen Prinzipien – wird hier mit Füßen getreten!

Um in diesem Schlagabtausch die klaren Ungleichgewichte auszumerzen, könnte eine gesetzliche Regelung Abhilfe schaffen. Das Einfachste wäre die Einführung verbindlicher und regelmäßiger Qualitätskontrollen, um in den Genuss von heimischen Förderungen zu kommen. Nur jene Produkte die einer entsprechenden Kontrolle unterliegen werden gefördert. So könnten beispielsweise auch Umwelt- und Sozialstandards als eine Art „soft skills“ mit bewertet werden. Darüber hinaus könnte der Ressourcenschutz entlang der Wertschöpfungskette mit einbezogen werden.

Der unterzeichnende Delegierte stellt daher folgenden

### **Antrag:**

Die Organe der Wirtschaftskammer Kärnten werden aufgefordert, sich bei der österreichischen Bundesregierung dafür einzusetzen, dass eine gesetzliche Regelung – wie oben beschrieben – umgesetzt wird. Ziel soll dabei sein, dass Solar- und Photovoltaikanlagen nur dann mit österreichischem Steuergeld gefördert werden, wenn die entsprechend definierten Qualitätskriterien erfüllt werden.



WP-Delegierter  
Bgm. Matthias Krenn